



Hübbesweg 9, 20537 Hamburg
Tel. 040-219 61 72, Fax 040-219 43 21
info@ibhev.de
www.ibhev.de

An das
Bundesministerium des Inneren
Projektgruppe PGZU
z. H. Frau Denise Henrion
Alt Moabit 101 D

10559 Berlin

Hamburg, d. 24.03.2006

Praktiker-Erfahrungsaustausch im Rahmen der Evaluation des Zuwanderungsgesetzes am 30. und 31. März 2006 im Bundeshaus

- 6. Thema: Integration und Gesellschaft
- Statement: Amadeus Hempel, Geschäftsführer Interkulturelle Bildung Hamburg
Sprecher von ProIntegration

Stellungnahme zur Veranstaltung

Das neue Zuwanderungsgesetz und die damit verbundenen Integrationskurse des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge („BAMF-Kurse“) haben bereits länger in Deutschland lebende Ausländer sowie alle Gruppen von neu zugewanderten Ausländern in die Integrationskurse mit einbezogen. Dies ist gut so und stellt eine Verbesserung gegenüber der vorherigen Situation dar.

Die bisherigen Erfahrungen mit den Integrationskursen sollten aber zu **sofortigen Veränderungen führen**. Der Verweis auf die bereits stattfindende Evaluation der Integrationskurse nach dem Zuwanderungsgesetz verkennet, dass frühestens Mitte nächsten Jahres die Ergebnisse vorgestellt und entsprechende Schlussfolgerungen wirksam werden können. Viele die-

ser Ergebnisse sind jetzt schon durch die Zahlen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge „Jahresbilanz 2005“ absehbar.

Nur eine geringe Anzahl von Teilnehmern erreicht innerhalb der 600 Unterrichtsstunden des Integrationssprachkurses das angestrebte Niveau „B1“. Von 17.482 Teilnehmern in 2005 der **Abschlussprüfung Integrationskurse** haben zwar 74 % die Prüfung bestanden. Dies kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich damit eine **Mehrheit** von den über 115.000 Teilnehmern **zur Prüfung nicht angemeldet** haben, weil sie wissen, dass sie diese nicht bestehen würden.

Ein großer Teil der lernerfahrenen Teilnehmer braucht in der Regel **mindestens 900 Unterrichtsstunden**, um eine Sprachkompetenz erlangen, die den selbstständigen Umgang mit der Deutschen Sprache ermöglicht (B1). Teilnehmende, die noch nicht alphabetisiert sind, brauchen mindestens weitere 300 Unterrichtsstunden mehr. Innerhalb der 900 Unterrichtsstunden können grundlegende Kenntnisse über die Arbeitswelt in Deutschland vermittelt werden, jedoch ist das Niveau B1 zu niedrig, um eine Integration in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

Die Grundlagen des deutschen Gesellschaftssystems (Rechtsordnung, Kultur und Geschichte, Werte des demokratischen Staatswesens, Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit, Gleichberechtigung, Toleranz und Religionsfreiheit) in einem dreißigstündigen **Orientierungskurs** auf dem sprachlichen Niveau von B1 bzw. bei der Mehrheit der Teilnehmer auf dem Niveau von A2 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens vermitteln zu wollen, ist nicht realistisch. Die genannten Themen sind Inhalte aller für den Integrationskurs zugelassenen Lehrwerke. Wünschenswert wäre meines Erachtens, wenn der zusätzlich von der Bundesbeauftragten für Integration, Maria Böhmer (CDU), angeregte „Dialog der Kulturen“ als interkulturelles Training mit ins Integrationskonzept aufgenommen werden könnte. Der Orientierungskurs muss grundsätzlich mit dem Sprachkurs verbunden bleiben.

Insbesondere vor dem Hintergrund der zukünftig zurückgehenden Zuwandererzahlen ist die Zahl der **2042** der für die Integrationskurse **zugelassenen Sprachkursträger im Jahre 2005** zu hoch (statistisch gesehen entfallen auf einen Sprachkursträger 55 Teilnehmer pro Jahr). Eine pädagogisch notwendige, im Konzept des Integrationskurses angelegte Differenzierung nach Modulen gem. dem Leistungsstand und dem Lerntempo der Teilnehmer ist in der Regel nicht durchführbar. Darüber hinaus ist eine kontinuierliche und wirtschaftliche Beschulung nicht zu gewährleisten. Außerdem haben sich viele Träger, die für 2005 zugelassen waren, nicht wieder um eine Zulassung bemüht. Stattdessen sind neue Träger dazu gekommen. Diese **Fluktuation** erschwert die Zusammenarbeit in (ohnehin großen) Netzwerken und die Koordination der Angebote.

Die Integrationskurse geben zwar Bestandsausländern die Möglichkeit der Teilnahme, nicht aber den Aussiedlern, die schon längere Zeit in Deutschland leben und vergleichbare Sprach- und Integrationsprobleme haben. Dieser Personenkreis sollte ggf. durch Absprache zwischen Bund und Ländern in das Kurssystem mit einbezogen werden können.

Vor der Anmeldung des Teilnehmenden in einem Kurs sind eine fachliche Einstufung der Vorkenntnisse und ein ausführliches Beratungsgespräch unerlässlich, um den Einzelnen optimal einer lernhomogenen Gruppe zuordnen zu können. Die Sprachkenntnisse, das Bildungsniveau und die Lernbiografie unterscheiden sich oft erheblich. Den Kursträgern sollte nicht der Einstufungstest, sondern das **Beratungsgespräch** bezahlt werden. Der derzeit

vorliegende Test ist nach einhelliger Meinung der Kursträger zur Einstufung von Teilnehmenden nicht geeignet.

Die Größe der Lerngruppe hat einen entscheidenden Einfluss auf die Lernprogression. Ideal ist ein Sprachkurs mit 16 Teilnehmenden, es sollten nicht mehr als 20 sein.

Die **sozialpädagogische Beratung und Betreuung** sollte wie in der Vergangenheit bei den Garantiefondsmaßnahmen (Schul- und Berufsbildung) und den Maßnahmen nach SGB II auch ein Teil der Integrationsmaßnahmen sein.

Zurecht ist der **Bürokratieabbau** ein wesentliches Ziel der neuen Regierung. Bei den BAMF-Kursen sollte damit unmittelbar begonnen werden. Für einen Kurs über 630 Stunden und 20 Teilnehmern ohne besondere zusätzliche Aufwendungen fallen nahezu 600 Kopien an. Diese müssen durch den Sprachkursträger zum Teil ausgefüllt, alle jedoch geprüft, bearbeitet ggf. beantwortet und abgelegt werden. Dieses sowohl bei den Sprachkursträgern als auch beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Der geschätzte **Verwaltungsaufwand** bei 100 Stunden Unterricht beträgt mindestens 15 Stunden. Dies ist durch die einmalige Verwaltungspauschale in Höhe von € 7,00 für pro Teilnehmer und 630-Stunden-Kurs nicht abgedeckt.

Die **bisherige Finanzierung von € 2,05** pro Unterrichtsstunde/Teilnehmer ist unzureichend. Die Kosten für Unterricht (Lehrkräfte, Räume, Ausstattung der Räume, Reinigung, Kopien für den Unterricht u. a.) können nur abgedeckt werden, wenn die Klassen mit bis zu 25 Teilnehmern besetzt werden. Insbesondere in Flächenländern ist diese Teilnehmerzahl nicht immer zu erreichen.

Der **Verein Interkulturelle Bildung Hamburg** führt u. a. **Deutschkurse** im Rahmen des **Garantiefonds Hochschule** des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und des Akademikerprogramms des Bundesministerium für Bildung und Forschung durch. Diese Kurse werden von der Otto Benecke Stiftung in Bonn gefördert. Einige Kursteilnehmer haben vorher die BAMF-Kurse besucht. Eine erstaunlich hohe Zahl von Teilnehmern verfolgt den zu Beginn der Förderung festgelegten Eingliederungsplan. Die Zahl der Abbrecher bewegt sich im einstelligen Prozentbereich. Die Quote der erfolgreich in die Arbeitsaufnahme vermittelten Akademiker liegt noch immer – trotz einer erheblich verschlechterten Arbeitsmarktsituation- bei über 70 %.

Bedauerlich ist, dass diese Angebote aus historischen, finanziellen und „grundsätzlichen“ Gründen lediglich einer relativ kleinen Gruppe der Gesamtzuwanderer zugänglich ist. Mit einer **Ausweitung dieser Angebote auf Zuwanderer im Sinne des Zuwanderungsgesetzes** könnten die vielfältigen Potenziale besser genutzt, in vielen Fällen überhaupt erst einmal erkannt werden. Spätfolgen könnten so vermieden werden; „nachholende“ Integrationshilfen wären entbehrlich.